

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Trotz besserer Zahlen in Deutschland und Frankreich ist die Krise noch nicht zu Ende. **23**

Telecom: Die Elektrizitätswerke und die Swisscom streiten sich um die Kosten der Glasfasernetze. **23**

Wissen: In Afrika nutzten Menschen schon früh Hitze, um Steine zu bearbeiten. **30**



SMI	Dow Jones	Stoxx
5987 (+0,4%)	9398 (+0,4%)	2347 (+0,5%)
Euro in Franken		1.53 →
Dollar in Franken		1.07 ↘
Euro in Dollar		1.43 ↗
Rendite Bundesobligationen, in %		2,18 ↗
Öl (Nordsee Brent) in Dollar		74.16 ↗
Gold (Unze) in Dollar		953.50 ↗

Produzentenpreise: Gebremster Rückgang

Zürich. – Die Import- und Produzentenpreise in der Schweiz haben im Juli im Vergleich zum Vorjahr mit 6,1% den bisher stärksten Rückgang des laufenden Jahres verzeichnet. Gegenüber dem Vormonat blieben die Preise jedoch im Durchschnitt stabil. Damit dürften die immer wieder geäußerten Deflationsängste zumindest fürs Erste eine Beruhigung erfahren. (SDA)

Bank Bär vor Übernahme von ING-Teilen?

Zürich. – Die Zürcher Vermögensverwaltungsbank tritt einer Übernahmeofferte für die Private-Banking-Sparten der niederländischen ING näher und hat laut Bankenkreisen die UBS mit der Prüfung entsprechender Möglichkeiten beauftragt. ING, die in der Finanzkrise 10 Mrd. Euro Staatshilfe in Anspruch nehmen musste, will das Privatbankgeschäft ausserhalb der Benelux-Länder verkaufen. Der Verkaufspreis dürfte nach Analystenschätzungen bei etwa 1,2 Mrd. Fr. liegen. Laut Analysten könnte die ING in der Schweiz etwa 15 Mrd. Fr. Kundengelder verwalten und weitere 18 Mrd. Fr. in Asien. (AP)

Gategroup spürt die Luftfahrtskrise

Zürich. – Die seit kurzem an der Börse kotierte Catering- und Logistikgruppe verzeichnete im ersten Halbjahr einen um 8,9% verringerten Umsatz von 1,29 Mrd. Fr. Bei konstanten Wechselkursen hätte der Rückgang 2% betragen. Der Betriebsgewinn brach um 40% auf 34,8 Mio. Fr. ein. Unter dem Strich stand hingegen ein um 55% gesteigerter Reingewinn in der Höhe von 33,2 Mio. Fr. Ausschlaggebend dafür ist der Finanzertrag, der sich gegenüber dem Vorjahr von -29,3 Mio. auf +4,3 Mio. Fr. verbesserte. (SDA)

DIE FRAGE

Welche Anna stand bei der Marke Anna's Best Patin?



Frische Convenience-Produkte wie Fertigsalate, Sandwiches und Fruchtsäfte laufen bei der Migros unter der

Marke Anna's Best. Waren es 1994 bescheidene 40 Artikel, sind heute über 400 im Angebot. Kurios ist die Entstehungsgeschichte des Namens. Er geht nämlich auf die Italienerin zurück, die zweimal pro Woche in der Agentur kochte, die vor 13 Jahren den Auftrag erhielt, einen Markennamen und ein Logo für die neue Linie zu kreieren: Anna Pittet-Fois stammt aus Sardinien, und ihre Lasagne waren bei den Kreativen der absolute Renner. Als der Termin für die Abgabe nahte und noch immer kein Name da war, berief der Agenturchef Martin Amann nach dem Mittagessen ein Brainstorming ein und spornte die Kollegen an: «Denkt an das Beste, an liebevoll zubereitete, hausgemachte Küche – wie Annas Lasagne.» Da hatte einer die zündende Idee: «Wir taufen die Marke Anna's Best.» (meo)

Der Fall USA ist für die UBS nicht vorbei

Der Vergleich mit den USA steht. Rechtlich ist die UBS damit aber nicht aus dem Schneider. Klagen von Kunden drohen. Und eine Strafuntersuchung in der Schweiz ist noch immer möglich.

Von **Bruno Schletti**

Das Abkommen ist politischer Art – zwischen der Schweiz und den USA ausgehandelt. Über die rechtlichen Verfehlungen der Bank oder einzelner ihrer Mitarbeiter ist man deshalb so klug wie vor Zustandekommen des Vergleichs. Fest steht nur, dass die UBS amerikanischen Steuerzahlern geholfen hat, Vermögenswerte am Fiskus vorbeizuschmuggeln. Ob dies mit Wissen und Billigung führender Köpfe der Bank geschah, ist umstritten.

Mit dem Vergleich – das steht jetzt praktisch fest – kommt es nicht zum Prozess in Miami. Und damit auch nicht zur Klärung der Frage, wer was gewusst hat. Das bedeutet aber noch keine Entwarnung für ehemalige Spitzenleute der Bank.

Beihilfe zur Steuerhinterziehung

Die für Wirtschaftsdelikte zuständige Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich beobachtet das Geschehen um die UBS nach wie vor. Peter Pellegrini, leitender Staatsanwalt, sagt: «Wir haben bis heute keine Untersuchung eröffnet. Das kann sich aber noch ändern.» Insbesondere werde überprüft, ob eine Untersuchung wegen ungetreuer Geschäftsführung eingeleitet werden solle – im Zusammenhang mit der Verletzung des QI-Abkommens, die der UBS angelastet wird. Im Rahmen des QI-Vertrages musste sich die UBS verpflichten, die Besteuerung ihrer Kunden durch die US-Behörden sicherzustellen. Pellegrini betont, dass die Staatsanwaltschaft das Monitoring-Verfahren im Fall UBS nie geschlossen habe. Bis heute gebe es aber keinen Tatverdacht.

Die UBS hat eingeräumt, dass es bei der Betreuung von US-Kunden Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegeben hat. Kein Mitglied des oberen Kaders hat dafür aber die Verantwortung übernommen. Dies, obwohl der Journalist Lukas Hässig in seinem Buch «Der UBS-Crash» aufzeigt, dass die verhängnisvolle USA-Strategie bankintern infrage gestellt worden ist. Schon 2001 soll der damalige US-Teamleiter Hansruedi Schuhmacher geraten haben, das Geschäftsmodell der Vermögensverwaltung mit US-Kunden zu überdenken.

Topleute als Mitwisser?

Lukas Hässig stützt sich auf ein UBS-Dokument. Danach sollen unter anderem der damalige Vermögensverwaltungschef Georges Gagnebin, der spätere Konzernchef Marcel Rohner und der spätere Verwaltungsrat Stephan Haeringer über die Warnschrift Schuhmachers informiert gewesen sein. Die UBS war gestern nicht bereit, die Recherchen Hässigs zu kommentieren. Ein Sprecher verwies auf den Bericht der Aufsichtsbehörde Finma vom Februar. Darin hiess es, man sei nicht zum Schluss gekommen, dass das Topmanagement der UBS von den illegalen Machenschaften mit US-Kunden gewusst habe.

Für eine Neubeurteilung sei es zu früh, sagte gestern Finma-Sprecher Alain Bichsel. Zuerst müsse man die Details des Ver-



BILD URS BUCHER/BLOOMBERG

Der Streit zwischen USA und UBS wirft weitere Schatten. Noch ist unklar, wer in der UBS wann was gewusst hat.

gleichs kennen. Es sei aber nicht auszuschliessen, dass die Finma je nach Befund die Sache nochmals anschau.

Die UBS zeigte sich gestern willens, für die dem Bund durch das Verfahren in den USA entstandenen Kosten aufzukommen – «sollte der Bund diese in Rechnung stel-

len». Diese Frage scheint sich in Bern bisher niemand gestellt zu haben. Ob es je zu einer solchen Rechnungsstellung kommt, konnte jedenfalls niemand sagen.

Tatsächlich waren und sind Experten aus drei Departementen mit dem Fall befasst. Dazu kommt das Engagement der

Schweizer Botschaft in den USA und der Einsatz von zwei US-amerikanischen Anwaltskanzleien. Vorsichtige Schätzungen deuten daraufhin, dass sich der Gesamtaufwand des Bundes in diesem Fall am Ende im zweistelligen Millionenbereich bewegen dürfte.

Die UBS würde zahlen, wenn der Bund Rechnung stellt

Die Grossbank ist bereit, die Kosten im Steuerstreit mit den USA zu begleichen. Die involvierten Departemente suchen eine Rechtsgrundlage.

Von **Christof Forster**

«Das ist eine sehr gute Botschaft.» Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz zeigte sich gestern erfreut über die Ankündigung der UBS, für die Kosten des Bundes im US-Steuerstreit aufzukommen. Fetz hatte am Dienstag gefordert, nicht die Steuerzahler, sondern die Grossbank müsse die entstandenen Unkosten begleichen. Seit Monaten arbeiten drei Bundesräte mit ihren Stäben, Experten in der Bundesverwaltung, Diplomaten und US-Topanwälte daran, die UBS aus der selbst verschuldeten misslichen Lage in den USA zu befreien. Was dies alles gekostet hat, lässt sich laut Finanzdepartement noch nicht beziffern. Denn auch bei der Umsetzung des Vergleichs

werden Kosten anfallen. Einer groben Schätzung zufolge dürften diese Aufwendungen im zwei- oder dreistelligen Millionenbereich liegen.

Mit der Bereitschaft, die Zeche zu begleichen, konnte die UBS ihre Kritiker etwas besänftigen. Hätte sich die Grossbank geweigert, wären die Kosten wohl höher ausgefallen. Denn dies hätte neues öffentliches Trommelfeuer ausgelöst.

Während sich die Linke freut, sind im bürgerlichen Lager die Reaktionen geteilt. CVP-Nationalrat Arthur Loepfe (AI) und FDP-Vertreterin Martine Brunschwig Graf (GE) begrüssen die Kostenübernahme. Der Zürcher SVP-Finanzpolitiker Hans Kaufmann hält sie für unbegründet. Man verlange von Sozialhilfebetreibern auch nicht, den Aufwand für Sozialdetektive zu begleichen. Und der Finanzplatz trage die Kosten der Aufsichtsbehörden schon mehr als genug.

Die UBS will für die Unkosten aufkommen, falls der Bund diese in Rechnung stellt, wie die Bank gestern mitteilte. Nun liegt der Ball beim Bund. Ob man der UBS eine Rechnung präsentiert, lasse sich noch nicht abschliessend

sagen, sagte Folco Galli, Sprecher im Bundesamt für Justiz. Jetzt werde zuerst abgeklärt, ob es dafür überhaupt eine rechtliche Grundlage gebe. Die Zahlungsbereitschaft stösst bei den in den US-Steuerstreit involvierten Departementen auf offene Ohren. Letztlich entscheidet der Gesamtbundesrat.

Parallelen bestehen mit der Hilfe für Schweizer, die im Ausland in die Hände von Entführern gerieten. Bei grobfahrlässigem oder vorsätzlichem Handeln, wenn etwa Reiseempfehlungen des Auswärtigen Departements nicht beachtet wurden, können die Befreiten zumindest für einen Teil der Kosten belangt werden.

Reicht der Linken diese Konzession der UBS? Die Nationalbank sitzt weiterhin auf toxischen Papieren aus dem Bestand der UBS, die ein Loch von mehreren Milliarden Franken reissen könnten. Dagegen sind die Kosten des US-Vergleichs ein Pappenstiel. Sollte die UBS auch dafür aufkommen, wenn sie wieder profitabel ist? Dazu wollte sich UBS-Kritikerin Anita Fetz gestern nicht äussern. Man solle die positive Nachricht einfach mal stehen lassen.

Krach um den Agnelli-Nachlass

Rom. – Italiens Fiskus ist auf der Jagd nach Schwarzgeldern der Agnelli-Familie. Die Steuerbehörden haben eine Untersuchung eingeleitet, um Berichte abzuklären, die Erben des ehemaligen Fiat-Chefs Gianni Agnelli hätten mehr als eine Milliarde Euro in der Schweiz deponiert.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) in Bern hatte am Donnerstag keine Informationen zu einem Gesuch aus Italien. Es sei aber möglich, dass das Gesuch direkt an die zuständigen Kantonsbehörden ergangen sei, sagte BJ-Sprecher Folco Galli auf Anfrage. Mit dem Vermögen des 2003 verstorbenen Konzernchefs beschäftigt sich bereits

ein Gericht in Norditalien, weil Tochter Margherita Agnelli de Pahlen unbekannt Reichtümer ihres Vaters im Ausland vermutet. Ausgangspunkt ist ein Erbschaftsstreit. Agnelli-Tochter Margherita hat gegen ihre Mutter Marella und drei Vermögensverwalter ein Verfahren angestrengt.

Margherita Agnelli de Pahlen wolle die genaue Höhe des Gesamtvermögens erfahren. Sie ging davon aus, dass ihr Erbe höher sei als bisher angenommen. Sollte der italienische Fiskus eine Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe nachweisen, dürfte das die Erben teuer zu stehen kommen. (SDA/AFP/Ansa/DPA)

Zahlungsbilanz tief in der Krise

Zürich. – Die Finanzkrise hat die Schweizer Zahlungsbilanz 2008 durchgeschüttelt. Zwar wurde beim Warenhandel ein rekordhoher Ertragsüberschuss erzielt, die Verluste der Banken haben gleichzeitig aber erstmals zu einem Defizit bei den Kapitalerträgen geführt. Es resultierte ein Ertragsbilanzüberschuss von 13,0 Mrd. Fr. oder gerade noch 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Überschuss lag damit auf dem tiefstem Niveau seit Anfang der 1980er-Jahre, wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) am Donnerstag mitteilte. 2007 betrug er 52,2 Mrd. Franken oder rund 10 Prozent des BIP.

Grund für den Einbruch in der Ertragsbilanz sind die Verluste der ausländischen Töchter der Banken. Ohne diese wäre der Ertragsbilanzüberschuss laut SNB etwa gleich hoch ausgefallen wie im Jahr zuvor.

Die Verluste der Bankentöchter im Ausland waren aber sogar so hoch, dass bei den Kapitalerträgen aus den Direktinvestitionen die Einnahmen tiefer ausfielen als die Ausgaben. Dies führte auch dazu, dass auch der Saldo aller Kapitalerträge ins Negative kippte. Seit 1974, als zum ersten Mal eine Ertragsbilanzstatistik erstellt wurde, war dies nach Angaben der SNB noch nie der Fall. (SDA)